



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe I/2013

Jahrgang 46

Franz Schindler besucht Traunsteiner Justiz Kritische Diskussion auf Einladung von Richter- und Rechtspflegerverein

Traunstein – Der gemeinsamen Einladung von Richter- und Rechtspflegerverein in Traunstein zur nächsten Runde der „Traunsteiner Justizgespräche“, die dieses Mal im „Sailer Keller“ stattfand, waren knapp 50 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger aus dem gesamten Landgerichtsbezirk - unter ihnen auch Landgerichtspräsident Dr. Rupert Stadler - gefolgt. Besonders erfreut zeigten sich Dr. Ludwig Kroiß als Vorsitzender des Bezirksverbands Traunstein im Bayerischen Richterverein sowie Albert Dirnberger als Vorsitzender des örtlichen Rechtspflegerverbands, dass es ihnen gelungen war, den erfahrenen SPD-Landtagsabgeordneten Franz Schindler, der im Bayerischen Landtag Vorsitzender des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz ist, als Redner und Diskussionspartner zu gewinnen.

Nach der kurzen Begrüßung durch die beiden Vereinsvorstände berichtete Franz Schindler in anschaulicher Form über die aktuelle Situation im Bayerischen Landtag, wobei er natürlich besonders auf die Belange der Bayerischen

Justiz einging. Er betonte ausdrücklich, dass die Justiz in Bayern nur dann zeitnahe und qualitativ hochwertige Entscheidungen treffen könne, wenn in ausreichendem Umfang Personal vorhanden sei. Nach den aktuellen Zahlen der Personalbedarfsberechnung fehlten landesweit 165 Stellen für Rechtspfleger und ca. 460 Stellen für Richter und Staatsanwälte. Insoweit sei zwar positiv zu sehen, dass die Staatsregierung mit dem nächsten Doppelhaushalt zusätzliche Stellen schaffen wolle, aber auch bei Berücksichtigung dieser geplanten Stellen liege die Arbeitsbelastung der Rechtspfleger, Staatsanwälte und Richter in Bayern immer noch weit über 100 %. Deshalb werde er sich - wie schon seit vielen Jahren - weiterhin dafür einsetzen.

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Bericht aus dem BV Traunstein S. 1
- ◆ Erfahrungsbericht zum Seminar Handelsrecht S. 3
- ◆ Peter Werndl im Ruhestand S. 4
- ◆ Diplomierungsfeier in Starnberg S. 5
- ◆ Ausflug des BV Kempten S. 6
- ◆ Bad Boll 2012 S. 6
- ◆ Hoffnung für Rechnungsbeamte S. 7
- ◆ Diverses S. 8

zen, dass zusätzliche Stellen bewilligt werden.

Anschließend erklärte Franz Schindler, warum er der Forderung des Bayerischen Richtervereins nach einer Selbstverwaltung der Justiz eher kritisch gegenüber steht. Er verwies auf negative Beispiele im Ausland und äußerte die Befürchtung, dass im Falle einer Selbstverwaltung die Justiz finanziell noch schlechter dastehen könnte als momentan.

Die bereits teilweise erfolgte Übertragung von Aufgaben des Richters auf die Rechtspfleger hält der Landtagsabgeordnete für sinnvoll und strebt eine Ausweitung dieser Übertragung an, die in anderen Bundesländern zum Teil bereits weiter fortgeschritten sei. In diesem Zusammenhang lobte er die ausgezeichnete Arbeit der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Bayern, die aufgrund ihrer fundierten Ausbildung und ihrer besonderen Sachkunde insbesondere für Rechtsanwälte als kompetente Ansprechpartner dienen.



Am Podium Dr. Ludwig Kroiß, Franz Schindler und Albert Dirnberger

Schließlich nahm Schindler noch zu aktuellen rechtspolitischen Themen Stellung. So seien die nach der Föderalismusreform geschaffenen bayerischen Gesetze im Bereich des Strafvollzugs grundsätzlich gelungen und enthielten

sinnvolle Regelungen, die jedoch nur dann echte Wirkung entfalten könnten, wenn in ausreichendem Umfang motiviertes Personal vorhanden sei. Ob die Staatsregierung die hierzu notwendigen Mittel zur Verfügung stellen werde, bleibe abzuwarten und werde von der Opposition auf jeden Fall kritisch beobachtet. Als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Rechtsterrorismus in Bayern - NSU - gewährte Franz Schindler interessante Einblicke in die Tätigkeit des Ausschusses und berichtete über die bisher gewonnenen Kenntnisse. Auch der Fall „Gustl Mollath“, der derzeit die Öffentlichkeit in besonderem Maße beschäftigt und über den Franz Schindler als Vorsitzender des Rechtsausschusses sehr genau informiert ist, wurde von ihm angesprochen. Insoweit war ihm vor allem wichtig, dass die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung gewahrt bleiben. Sorgen bereiten ihm die aktuellen Entwicklungen, wonach aufgrund von Äußerungen des Bayerischen Ministerpräsidenten die Staatsanwaltschaft Nürnberg eine erneute Überprüfung des Falles vorzunehmen habe. Eine solche Vorgehensweise dürfe sich jedenfalls in anderen Fällen nicht wiederholen.

Zu Beginn der sich anschließenden lebhaften Diskussionsrunde wies der Vorsitzende des Richtervereins Dr. Kroiß in seiner Funktion als Direktor des Amtsgerichts Traunstein darauf hin, dass der Personalbedarfsberechnung zu entnehmen sei, dass vor allem zahlreiche Richter an Amts- und Landgerichten sowie Staatsanwälte bei den Ausgangsstaatsanwaltschaften fehlten, während bei den Oberlandesgerichten und den Generalstaatsanwaltschaften beinahe alle notwendigen Stellen vorhanden seien. Hierzu ergänzte der Richter am Amtsgericht Traunstein als weiterer aufsichtsführender Richter Alois Söldner, dass es dem Amtsgericht Traunstein trotz intensiver Bemühungen über Jahre hinweg und nachgewiesener deutlicher Unterbeset-

zung bisher nicht gelungen sei, eine zusätzliche Richterstelle im Umfang von nur 25 % bewilligt zu kommen.

Der Vorsitzende Richter am Landgericht Volker Ziegler griff die von Franz Schindler in seinem Referat geäußerte Kritik an der Ausweitung von Verfahrensabsprachen („Deals“) im Strafprozess auf und wies darauf hin, dass eine Verminderung dieser „Deals“ nur möglich sei, wenn die Strafkammern auch entsprechend mit Personal ausgestattet werden. Bei der derzeitigen Personalsituation könnten die eingehenden Verfahren nicht ohne zumindest teilweise Absprachen in angemessener Zeit verhandelt werden. Schindler stimmte dem in seiner Erwiderng ausdrücklich zu und sprach sich ebenfalls für mehr Personal in diesem Bereich aus, um die Zahl der „Deals“ verringern zu können.

Nachdem ein kontroverser Diskussions- teil mit verschiedenen Redebeiträgen zu den Themen NSU-Untersuchungsaus- schuss und „Gustl Mollath“ abgeschlos- sen war, ergriff der Vorsitzende des Rechtspflegerverbands Albert Dirnberger das Wort und bemängelte, dass die Dienstrechtsreform für die Rechtspfleger - im Gegensatz zu anderen Berufsgrup- pen in der Justiz - kein echten Vorteile in Form von besseren Beförderungsmöglichkeiten gebracht habe, sondern nur einen neuen Titel. Hier bestehe drin- gender Nachholbedarf. Außerdem Sorge das wieder neu aufgelegte Spitzenstel- lenkonzept für erhebliche Unruhe unter den Rechtspflegern. Franz Schindler, dem diese Problematiken bereits be- kannt waren, versprach, sich im Landtag für die Belange der Rechtspfleger einzu- setzen. Auch die Forderungen mehrerer Diskussionsteilnehmer nach Verbesse- rungen für den Unterstützungsbereich im Hinblick auf Umfang des Personals und Attraktivität des Arbeitsplatzes hielt Schindler für nachvollziehbar. Dement- sprechend äußerte er sich in seinem Schlusswort dahingehend, dass der

Kampf um die besten Nachwuchskräfte für die Bayerische Justiz nur zu gewin- nen sei, wenn der Freistaat seine Leute vom Unterstützungsbereich bis hin zu den Richtern deutlich besser bezahle.

BV Traunstein

Erfahrungsbericht zum Semi- nar Handelsrecht

Vom 02. bis 05. Dezember 2012 veran- staltete der Förderverein für Rechtsreform und Rechtspflegerfortbildung e.V. ein Fortbildungsseminar "Handelsregister aktuell".

Insgesamt nahmen 29 Kolleginnen und Kollegen aus zehn Bundesländern teil, ich war -leider- die einzige Teilnehmerin aus Bayern.

Das Seminar fand an dem Studienzen- trum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg an der Fulda (Hessen) statt. Für die Unterbringung standen Einzel- zimmer mit Telefon und Breitband-Inter- net-Zugang, jeweils mit eigenem Bade- zimmer parat. Die Verpflegung erfolgte ab Montag früh in der Mensa. Zum Frei- zeitbereich des Studienzentrums gehört u.a. ein Bewegungsbad mit 25m-Bahn, das rege genutzt wurde.

Die Themen des Seminars drehten sich um grenzüberschreitende Verschmel- zungen, aktuelle Probleme bei Form- wechsel und Verschmelzung, Umfang und Grenzen von Werthaltigkeitsbeurtei- lungen und um Neuerungen im Vereins- recht.

Als Referenten standen Dozenten des Studienzentrums und eine Rechtspflege- rin, die an dem Registergericht Frankfurt am Main tätig war, zur Verfügung. Die Gestaltung des Seminars zeichnete sich durch kompetente sowie praxisbezogene Vorträge, die allesamt gut gestaltet und

intensiv vorbereitet waren, aus. Fragen der Teilnehmer wurden zur Diskussion gestellt und von den Referenten -soweit in der Kürze der Zeit möglich- aufgearbeitet und fachkompetent beantwortet. Besonders gewinnbringend waren die angeregten und kontroversen Diskussionen von Fachfragen und Problemen, die sich, auch infolge der länderübergreifenden Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, lebhaft und abwechslungsreich gestalteten.

Mein persönliches Fazit:

Meine Teilnahme an dem Seminar hat sich angesichts der sehr anspruchsvollen Referate, des mit dem länderübergreifenden Teilnehmerkreis verbundenen fachlichen Dialogs und der Gelegenheit neue Kontakte -sowohl auf fachlicher als auch persönlicher Ebene- zu knüpfen, ausgezahlt.

Deshalb kann ich die Teilnahme an den länderübergreifenden Seminaren des Fördervereins jeder Kollegin und jedem Kollegen ans Herz legen und empfehlen.

Marion Schneidenbach
Amtsgericht München
Abteilung für Registersachen

Peter Werndl im Ruhestand

Zum Ende des Monats Januar ging der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg und vorherige langjährige Leiter des Personalreferats am Justizministerium Peter Werndl in den Ruhestand. Herr Werndl stand dem VERBAND immer unterstützend und äußerst wohlwollend zur Seite und hatte stets Verständnis für unsere Anliegen.

Gerade in seiner Bamberger Zeit zeigte es sich, dass Herr Werndl nie wissenschaftlich abgehoben oder durch seine Position den Mitarbeitern entrückt war. In Gesprächen mit ihm war spürbar, dass er im Gegenüber nicht nur den Jus-

tizbediensteten sondern besonders auch den Menschen sah. Er war deshalb überall ein gern gesehener Gesprächspartner.



Die Anliegen unseres Verbandes unterstützte er vor allem bei seinem Einsatz für die Möglichkeit des Rechtspflegeraufstiegs. Hier hat er zusammen mit dem bereits verstorbenen Landesvorsitzenden Gerhard Detter Maßstäbe für das berufliche Fortkommen der bayerischen Rechtspfleger gesetzt.

Auch die zahlreichen Besuche und Reden bei Verbandsveranstaltungen, vor allem aber beim Rechtspfleger-Dämmer-schoppen auf der Sennigshöhe bei Coburg machten die Verbundenheit zu unserem Berufsstand deutlich.

Der VERBAND dankt Herrn Werndl ausdrücklich für sein Engagement zum Wohle der Rechtspfleger und wünscht ihm noch sehr viele gesunde und glückliche Jahre in seinem Ruhestand. Möglichkeiten der Begegnung wird es sicher noch viele geben.

Diplomierungsfeier in Starnberg

Feierstunde aus Anlass der Überreichung der Diplomurkunden an die Absolventinnen und Absolventen des Prüfungsjahrgangs 2012 am Freitag, dem 18. Januar 2013

Anders als in den Vorjahren fand die Festveranstaltung für den Prüfungsjahrgang 2012 nicht direkt am Fachbereich sondern in der Schlossberghalle der Stadt Starnberg statt. Der erfreuliche Hintergrund für die Wahl dieser Räumlichkeiten war die große Zahl von Absolventen – alleine über 60 Diplomandinnen und Diplomanden der Fachrichtung Rechtspflege, dazu noch die Absolventen für die Fachrichtung Justizvollzug. Zusammen mit den privaten Gästen der zu Ehrenden und den zahlreichen offiziellen Gästen - von anderen Fachbereichen, aus dem Personalreferat des Ministeriums, von der Fachhochschule und von den für die Ausbildung verantwortlichen Oberlandesgerichten sowie dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, unserem stellvertretenden Vorstandsmitglied, Robert Schmid, und für den VERBAND, unserem stellvertretenden Vorstandsmitglied, Tanja Raab – wären die Räumlichkeiten des Fachbereichs schlichtweg zu klein gewesen.

Nach der Begrüßung durch den Direktor bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege - Dr. Klaus Brandhuber, sprachen für das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Ministerialdirigent Franz Grünwald, der erste Bürgermeister der Stadt Starnberg Ferdinand Pfaffinger und der Präsident der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Hermann Vogelgsang je ein Grußwort.

In seiner Festansprache führte der ehemalige Leiter des Landesjustizprüfungsamtes Dr.h.c. Heino Schöbel die Anwe-

senden an die „Grenzen der (Rechtspfleger-)Ausbildung im materiellen Recht“ heran. Hinter diesem streng wissenschaftlich anmutenden Titel verbarg sich eine launige und unterhaltsame Festrede. Mit zahlreichen Beispielen aus dem Europarecht, aus dem Fundus des deutschen Gesetzgebers aber auch dem Recht unseres Nachbarlandes Österreich wurde ein Einblick in den „Dschungel“ der Gesetze und Verordnungen gewährt. Dieser ködert die Suchenden mit Lianen oder begeistert mitunter durch besondere Blüten. Er hält aber auch so manches Distelfeld bereit. Gerade den Nichtjuristen im Festsaal sollte aufgezeigt werden, wohin sich die Absolventen in den vergangenen drei Jahren aufgemacht hatten und welches Dickicht sie erfolgreich durchdrungen haben.

Im Beitrag der Absolventinnen und Absolventen fand Johannes Maciejonczyk zur Fachhochschule und ihren Dozentinnen und Dozenten lobende aber durchaus auch kritische Worte.

Von 65 Kandidaten haben 64 die Prüfung erfolgreich absolviert. 17 Absolventen konnten sich über ein „gut“ freuen, aber immerhin 38 mit „befriedigend“ abschließen. Die drei Jahrgangsbesten – je mit dem Ergebnis 1,91: Frau Christine Schmitter, Frau Carina Ettl und Frau Jana-Marie Bürger, wurden besonders geehrt und erhielten ein Buchgeschenk.

Wir wünschen unseren neuen Kolleginnen und Kollegen alles Gute auf ihrem weiteren Lebensweg und, um in der Bildersprache des Festredners zu bleiben: Sie mögen im Dschungel der Gesetze und Verordnungen bei der Arbeit als Rechtspflegerin und Rechtspfleger immer den rechten Weg finden. Dabei kann es nur gut tun, kundige und hilfreiche Gefährten zur Seite zu haben. Auch wir als VERBAND wollen im weiteren Berufsleben unsere Begleitung anbieten.

Tanja Raab

Mitglieder des Rechtspflegerverbandes Kempten besuchen die Robert Bosch GmbH

Nachdem ich für den Rechtspflegerverband Kempten über 2 Jahre für eine Besichtigung gekämpft hatte, bekamen wir am 13.09.2012 für eine Gruppe von 15 Personen eine 1 ½ stündige Führung durch den Teilstandort Seifen bei Immenstadt des Werksstandortes Blaichach der Fa. Robert Bosch GmbH.

In Seifen werden hauptsächlich sogenannte ESP (Elektronisches Stabilitäts Programm) hergestellt. Dabei handelt es sich um ein Fahrassistenzsystem für Autos, das durch gezieltes Abbremsen einzelner Räder dem Ausbrechen des Wagens entgegenwirkt. Es ist eine Weiterentwicklung und Kombination aus Anti-blockier- und Antischlupfsystemen.

Nach einer kurzen Einführung (die Robert Bosch GmbH stellt weltweit ca. 40 % aller ESPs her) wurden uns die verschiedenen Abschnitte der Fertigung eines ESP anhand der sog. Fertigungsstraßen gezeigt und erklärt. Besonders beeindruckt waren wir davon, dass nicht nur das Endprodukt ESP von der Fa. Bosch entwickelt und gebaut wird, sondern auch die ganzen Produktionsstätten. Eine „Fertigungslinie“ besteht z.B. aus 22 einzelnen Maschinen, im Durchschnitt benötigt eine Maschine ca. 16 ½ Sek. für einen Arbeitsschritt, bei der neuesten ESP-Generation konnte der Arbeitsschritt schon auf 13 Sekunden verkürzt werden. Für die Bedienung der Fertigungslinie genügen nur wenige Mitarbeiter. Die meisten der allein in der Sparte ESP über 3.000 Mitarbeiter weltweit beschäftigt die Fa. Bosch GmbH für die Entwicklung und Herstellung sowohl der Endprodukte als auch der erforderlichen Produktionsstätten. Davon ist der größte Teil wiederum an den Allgäuer Standorten tätig.

Die Fa. Robert Bosch GmbH bildet deshalb auch viele Berufe aus (Schweißer, Mechatroniker etc.), und viele von den ehemaligen Lehrlingen kehren nach einem abgeschlossenen Ingenieurstudium wieder zur Fa. Bosch zurück.

Nicht zu vergessen für den Wirtschaftsstandort Oberallgäu sind die vielen Zulieferbetriebe, die sich um die Fa. Bosch Werksteil Immenstadt herum angesiedelt haben.

Nach der Besichtigung waren wir noch zu einer kleinen „Nachlese mit Brotzeit“ in einer Gaststätte, bei der wir übereinstimmend feststellten, dass auch Besichtigungen außerhalb der Justiz äußerst interessant sein können.

Mal sehen, wo wir das nächste Mal landen!

Gabi Lang

Chancen und Gefahren der E-Justiz

Bericht von der Rechtspflege-tagung vom 21. bis zum 23. November 2012 an der Evangelischen Akademie in Bad Boll

Alljährlich im November findet an der Evangelischen Akademie in Bad Boll in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) eine „Rechtspflege-tagung“ statt, die sich an RechtspflegerInnen, RichterInnen, JuristInnen und rechtspolitisch Interessierte richtet. Dieses Haus der Evangelischen Landeskirche in Württemberg bietet ein angenehmes Forum für den Austausch unter verschiedenen Berufsgruppen und die Information zu einer Vielzahl aktueller Fragen. Das Programm für 2012 versprach bereits im Vorfeld wieder drei interessante Tage.

Die „E-Justiz“ geht uns alle an. Nach jedem Vortrag gab es Gelegenheit zu

Rückfragen und zur Diskussion. Rechtsanwalt Frank Diem stellte die „Anforderungen an den elektronischen Rechtsverkehr mit der Justiz aus Sicht der Rechtsuchenden“ dar. Pfarrerin Susanne Wolf sensibilisierte die Teilnehmer für die „Social Media – was verändert die neue Vernetzung? ethische und theologische Überlegungen, insbesondere für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger“. Rechtsanwalt Dr. Christian Strasser setzte seinen Vortrag von 2011 fort zum „Internationalen Rechtsverkehr und seinen Grenzen“.

Neben dem eigentlichen Leitthema wurden Vorträge zu neuen Arbeitszeitmodellen in der Justiz – Was dient den Bürgerinnen und Bürgern? (Dipl.-Rpfl. Volker Laedtke), neuen Wegen der Verbraucherinsolvenz (Rechtsanwalt Kai Henning) sowie dem Einfluss des Rechts der Europäischen Union auf das deutsche Recht (Prof. Dr. Christiane Flemisch) angeboten.

Die aktive Mitwirkung der Teilnehmer war bei den drei Arbeitskreisen

„Neue Wege der Verbraucherinsolvenz“ (AK_I – Dipl.-Rpfl. in Beate Schmidberger/Dr. Thorsten Schleich),

„Elektronischer Rechtsverkehr und digitale Akte – Optimierung der Justiz im Interesse der Rechtsuchenden?“

(AK_II – Dr. Martin Gogger/Dipl.-Rpfl. in Elke Strauß) und der Klärung der Frage „Wo steht der Rechtspfleger in einer selbstverwalteten Justiz?“

(AK_IV – Dipl.-Rpfl. Volker Laedtke/Dipl.-Rpfl. Wolfgang Lämmer) gefordert.

Der weiter geplante Arbeitskreis zum „Reformbedarf bei der Erbenhaftung“ ist entfallen.

Den Abschluss der informativen und in die Zukunft weisenden Tagung bildete eine Podiumsdiskussion. Unter Moderation der Tagungsleiterin Kathinka Kaden gaben die Mitwirkenden Wolfgang Lämmer, Holger Radke (früher IT-Stelle Ba-

den-Württemberg), Dr. Frank Diem und Felix Kuhn (Notar) ihre ganz persönlichen Antworten auf die zentralen Fragen: Wo sie die Chancen, aber eben auch die Gefahren der E-Justiz sehen. Einig war man sich darin, dass der Weg unumkehrbar zur „E-Justiz“ führt, was auch immer man damit verbindet. Teilweise – wie bei den Registergerichten – ist man schon recht weit. Teilweise stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung.

Um die Risiken frühzeitig einschätzen und gegebenenfalls auftretende Probleme rechtzeitig in den Griff bekommen zu können, sind viele Vorarbeiten zu leisten. Dabei müssen die Anwender von Anfang an beteiligt werden. Sie müssen über den aktuellen Stand der Planungen informiert sein und mitbekommen, wohin der Weg weiter führen soll. Nur so kann die erforderliche Akzeptanz in der Praxis gewährleistet werden und der „Arbeitsplatz der Zukunft“ anwenderfreundlich gestaltet werden.

Die stellvertretenden Landesvorsitzenden des Verbands Bayerischer Rechtspfleger, Georg Saffert und Tanja Raab, nahmen viele Anregungen mit, die nun aufzugreifen sind.

Tanja Raab

Hoffnung für Rechnungsbeamte MdB Silberhorn (CSU) unterstützt Verbandsanliegen

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens hat der Bundesrat das Anliegen des VERBANDES zur Beibehaltung der Regelungen bezüglich der Rechnungsgebühren bei der Kostenrechtsmodernisierung nachdrücklich unterstützt. Damit wurde auch einer Bitte des Bayerischen Justizministeriums gefolgt.

Die Bundesregierung hat diesen Wunsch in ihrer Gegenäußerung zurückgewiesen.

Nun hat der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags Herr MdB Thomas Silberhorn das Thema im Bundestag auf Grund der Vorinformation durch den VERBAND erneut aufgegriffen. In einer Mail an Landesvorsitzenden Peter Hofmann weist MdB Silberhorn darauf hin, dass er auch ein Gespräch mit der Bundesjustizministerin geführt hat und diese der Angelegenheit nachgehen will. Der VERBAND bedankte sich umgehend bei dem Abgeordneten für diese Unterstützung.

Die Plenarrede des Bundestagsabgeordneten kann unter folgendem Link abgerufen werden:

<http://dbtg.tv/fvid/2146172>

Diverses

- ◆ Der Bundestag hat im Gesetz zur Einführung einer Rechtsbehelfsbelehrung im Zivilprozess nun die dauerhafte Beibehaltung des derzeit geltenden modifizierten Überschuldungsbegriffes beschlossen. Diese Modifizierung des Überschuldungsbegriffs hat vielen Unternehmen in der Wirtschaftskrise den Gang zum Insolvenzgericht erspart und damit die Wirtschaft unterstützt.
- ◆ Das Kabinett hat am 10.12.2012 einen Gesetzesentwurf zur Einführung eines Datenbankgrundbuches beschlossen. Der Gesetzesvorschlag ermöglicht einen schnelleren und einfacheren Umgang mit dem Grundbuch. Die Grundbuchinhalte werden künftig strukturiert und logisch verknüpft in einer Datenbank gespeichert, so dass eine übersichtlichere Arbeit mit dem Grundbuch möglich ist. Mithilfe einer einheitlichen Datenbank passt sich das Grundbuch der digitalen Welt an.

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.

Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und
bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.



**Landesgeschäftsstellen
in Bayern**

Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (0871) 96 56 50 - 0

Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (089) 2 35 01 - 0

Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (0911) 2 32 04 - 0

www.debeka.de

anders als andere

Debeka